

## MEDIENMITTEILUNG

Thun, 23. Februar 2017

EDU-Reaktion auf die Bilanz des Bundesamtes für Sozialversicherungen zu den Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

### **Familien brauchen Unterstützung – nicht mehr externe Kinderbetreuung**

**Das Bundesamt für Sozialversicherungen spricht in der neusten Bilanz davon, dass die Finanzhilfen des Bundes für familienergänzende Kinderbetreuung „nach wie vor einem grossen Bedürfnis“ entsprechen. Die EDU stellt die Frage, von wessen Bedürfnis da gesprochen wird. Dass es um Steuerung der Gesellschaft und nicht um Bedürfnisse der Kinder oder Eltern zum Wohle der Familien geht, wird durch den Begriff „Impulsprogramm“ und das genannte Ziel, dass „Eltern Familie und Beruf besser vereinbaren können“, deutlich.**

Die EDU setzt sich in ihrem Aktionsprogramm „für die Förderung von Familien durch eine existenzsichernde Kaufkraft der Löhne für Einverdiener-Familienhaushalte“ ein. Sie fordert weiter die „Aufhebung der finanziellen Benachteiligung von Einverdiener-Familienhaushalten gegenüber Mehrverdienerhaushalten“. Das primäre Bedürfnis der Kinder nach einer Betreuung durch die eigenen Eltern und stabilen familiären Beziehungen muss in der Finanzpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden gebührend berücksichtigt werden.

Kostengünstige private oder sozial-partnerschaftliche Angebote für ergänzende familienexterne Kinderbetreuung wie Mittagstisch oder Tagesstrukturen können für spezielle familiäre Konstellationen eine unterstützende Rolle spielen. Sie dürfen aber keine führende Rolle im Erziehungswesen übernehmen und dazu missbraucht werden, dass Kinder den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Erfolgslaufbahn der Eltern untergeordnet werden.

Auf keinen Fall dürfen Nachbarländer zum Vergleich hingezogen werden, weil da die Tief-Lohnpolitik den Familien meist gar nicht die Wahl zu einem Einverdiener-Haushalt lässt und Kinder so ideologisch gesteuert nach wenigen Monaten schon in das staatliche Erziehungswesen gedrängt werden.

#### **Für weitere Auskünfte:**

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37  
Alt Grossrat Martin Friedli, GL-Mitglied, 079 848 97 96  
Roland Haldimann, Vizepräsident EDU Schweiz, 079 435 36 40